

EDITORIAL

❖ Nach den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen am 27. Januar 2008 ist bis auf Weiteres eine neue politische Unübersichtlichkeit gegeben und ein Fünfparteiensystem etabliert. Trotzdem ist in westdeutschen Ländern eine Mehrheit aus CDU und FDP möglich, wie Niedersachsen zeigt; eine rot-grüne Mehrheit ohne Linke bleibt kaum wahrscheinlich, wie Hessen demonstriert. Dies gilt trotz anderweitiger Konstellationen in Staatstaaten. In ostdeutschen Ländern stehen dagegen rot-rote Mehrheiten drohend am Horizont. In allen Ländern wächst die Gefahr der Unregierbarkeit oder von erzwungenen, letztlich nicht gewollten Regierungen. Sie können in der Regel die anstehenden Probleme wegen unüberbrückbarer politischer Differenzen der sie tragenden Parteien nicht wirklich angehen.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich ziehen? An erster Stelle steht: Die Leistungen einer Regierung werden vom Wähler nicht nach objektiven Kriterien und schon gar nicht nach der Selbstwahrnehmung durch die Politik honoriert. Es bedarf offensichtlich gezielter Anstrengungen über einen längeren Zeitraum, um auch evidente Leistungen im Bewusstsein der Wähler zu verankern. Und es bedarf wohl auch eines Zukunftsprojekts, auf das hin Wähler vergangene Leistungen zu honorieren geneigt sind.

Es zeigt sich auch, dass es für einen Ministerpräsidenten mit einem „Macher-Image“ schwerer ist, eine dritte Wahl nacheinander zu gewinnen, als für den Typ „Landesvater“. Es zeigt sich schließlich, dass eine selbstverständliche Kommunistenfurcht politisch nicht mehr abrufbar ist. Die Linke gilt nicht mehr als bedrohlich, sondern als Vehikel, um bestimmte Themen bei anderen Parteien in den Vordergrund zu schieben. Es gilt folglich, sie programmatisch als regierungsunfähig zu



entzaubern, statt sie pauschal zu dämonisieren.

Der SPD ist es nicht gelungen, die Etablierung einer linken Protestpartei im Westen zu verhindern. Die Partei „Die Linke“ ist weitgehend ein Konglomerat aus Protest und einer von linken Gewerkschaftlern bereitgestellten Infrastruktur.

Sie wird zu einer dauernden Bedrohung für die Regierungsfähigkeit der SPD. Die SPD hat die Option, sich mit rot-roten Konstellationen, gegebenenfalls unter Beteiligung der Grünen, zu arrangieren und damit die Mitte aufzugeben und auch Ampelkoalitionen sehr schwierig zu machen; oder sie kann einen klareren Abgrenzungskurs nach links fahren und dennoch Gefahr laufen, die Linke nicht am Einzug in die Parlamente hindern zu können.

Die neue Situation treibt die SPD also eher in die Opposition, ohne dass sie künftig davon ausgehen kann, die Abspaltung an ihrem linken Rand rückgängig machen zu können.

Für die Union ist die neue Unübersichtlichkeit nur vordergründig aufgehellter. Zwar kann sie nun wohl leichter die politische Mitte besetzen und gleichzeitig das Aufkommen einer rechten Protestpartei verhindern. Substantiell bedroht ist aber dennoch eine bürgerliche Mehrheit aus Union und FDP. Die Zielmarke der Union bei Wahlen muss vierzig Prozent plus heißen – sie zu erreichen wird aber schwierig, wenn Teile der Stammwähler und überdurchschnittlich viele Wähler in den Hochburgen in die Wahlenthaltung fliehen und das gemeinsame Profil der Union für ihre heterogene Klientel undeutlich oder strittig wird. Sie muss in Zukunft die Stammwähler und die fluiden Wähler der Mitte besser auf einen Nenner bringen. ♦

A handwritten signature in black ink, appearing to read "H. Gom".